



Öffentlicher Vortrag mit Gespräch von Franziska Ryser: „Jugend und Politik“

im Anschluss an die ordentliche Vereinsversammlung der Aepli-Gesellschaft
am 24. April 2018, 19.30, alte Aula, Kantonsschule am Burggraben (KSBG), St. Gallen

Die Aepli-Gesellschaft bemüht sich, nicht nur das Andenken an den liberalen Staatsmann Arnold Otto Aepli (1816-1897) zu bewahren, sondern auch die junge Generation für Fragen der Politik und Mitwirkung in der Gesellschaft zu gewinnen. Aepli war zwar auch erst 33-jährig, als er 1849-51 im St. Galler Gemeinderat (damals allerdings die Exekutive) wirkte. Für die im Publikum anwesenden Schülerinnen und Schüler des Vertiefungsfaches „Politische Bildung“ der KSBG war aber die junge Referentin der Grund des Interesses:

Franziska Ryser, Jahrgang 1991, Doktorandin an der ETH Zürich in Maschineningenieurwissenschaften, wurde 2013 als Abgeordnete der Jungen Grünen ins St. Galler Stadtparlament und bereits 2014 in dessen Präsidium gewählt. Schon 2017 bekleidete sie das Amt der Präsidentin des Stadtparlaments, als jüngste Vorsitzende überhaupt.

Herzlichen Dank, dass wir die nachfolgenden Notizen veröffentlichen dürfen.

1) Persönliche Vorstellung - verschiedene Umfeldler

- St.Gallen, Kantonsschule am Burggraben, Studium
- Parlament
 - Für Liste angefragt > schnell nachgerutscht
 - Anderes Umfeld kennengelernt
- Parlamentspräsidentin (2017)
- > Das Schönste / Strengste in diesem Jahr: Wechsel zwischen verschiedenen Welten („Bubbles“): Studi/Uni, persönliches Umfeld, offizielle Politik, Verwaltung, verschiedenste Vereine/Organisationen
- > mit anderem Auftreten, verschiedenen Umgangsformen, unterschiedlichen Sprachen

„Aussergewöhnliches Setting, wenn man in jungen Jahren bereits parlamentarische Politik / Parlamentspräsidium macht. Mein Job bis anhin: *Lernen*. Das hört nie auf im Leben, aber als junger Mensch hat man sich daran gewöhnt nicht alles zu wissen und Neues dazu zu lernen. Somit kann man sehr offen auf neue Situationen zugehen, andere Gesellschaftsstrukturen/Wertevorstellungen kennenlernen; hier einige persönliche Beobachtungen über Politik/ihren Ruf/ihre Einflussmöglichkeit/ihre Aufgaben darlegen —> aus meinem subjektiven (jungen, linken, feministischen, emanzipierten, akademischen) Blick auf die Gesellschaft.“

2) Was gehört zum Parlamentspräsidium?

a) Sitzungsleitung

- Aufgabe: Durchführung d. Sitzung, Abstimmungen, Einhaltung d. Diskussionskultur
- Klar strukturierter Ablauf —> Affinität für strukturiertes Denken; dann braucht es nur eine gute Vorbereitung und Konzentration
- Keine Ordnungsanträge : (keine formalen Verfahrensfehler)
-
- > Ist eine solch strukturierte Sitzung überhaupt spannend? Kann man das überhaupt noch Politisieren nennen?
-

>> Themenfeld 1

b) Repräsentationsaufgaben

- Was sind Repräsentationsaufgaben?
- Veranstaltungen (öffentliche / geschlossene), Eröffnungen, Jubiläen, Jahresrapporte, Tagungen / Messen, Haupt-, Vereins-, Mitglieder-, Delegierten-, Generalversammlungen

- Kleine Vereine bis grosse Unternehmen, die den Austausch mit „der Politik“ suchen
- Eher traditionelle / bürgerlich geführte Vereine, die PP einladen (Tradition / „gesellschaftliches Ansehen“ > Bei Jungen/Linken ist das weniger vorhanden)
- > Ist das Ansehen / Einladungen gerechtfertigt? (Und ist das nicht anstrengend, zu so vielen Veranstaltungen zu gehen?)

>> Themenfeld 2

- Parlamentspräsidentin als „Rolle“
 - Nicht ich als Person, sondern die Funktion wurde eingeladen
 - Verhalten entsprechend der Funktion (entsprechende Kleidung, Auftreten, Sprache ...)
 - Bei vielen: Irritation, da Funktion & Gesicht nicht zusammen passen > zumindest Interesse bei vielen geweckt, guter Einstieg in Gespräche
- Parlamentspräsidium gestalten: Reden halten
 - Man bekommt die Chance, zu 50-300 Leuten zu sprechen, 10min, ohne Themenvorgabe („carte blanche“) —> wertvolle Chance!
 - 17 Reden/Grussworte: Wichtig, man erreicht viele Leute
 - Man kann persönlichen Blickwinkel darstellen:
 - Erwartungen an Politik, Erwartungen von der Politik, Aspekt aus Sicht der Jungen/Frauen
 - > Wichtig, denn diese Perspektive fehlt manchmal in politischen Kreisen. Wer macht überhaupt Politik?

>> Themenfeld 3

- Chancen von jungen Politiker*innen
 - Man lernt viel über die Stadt / Gesellschaft > nützt einem mehr am Anfang der Politkarriere als am Schluss
 - Man bringt mal Abwechslung in die sonst ewig gleichen Runden
 - Zeigt, dass Jugend politisch interessiert ist, und sich einbringen will
 - Vorbild für Junge, dass Politik Spass macht

c) Politikverdrossenheit der Jugend?

- Nein, denn
 - Auch junge Menschen, die nicht bei einer Partei sind, beschäftigen sich im Alltag mit gesellschaftlichen / politischen Fragen (Internet / Datensicherheit; Interesse an internationaler Politik über Web / das Reisen ermöglicht einem einen anderen Blick auf unsere Gesellschaft „wie machen es andere Leute?“)
 - Junge machen auch parlamentarische Politik (Beispiel: ich)
 - Und es gibt Jungparteien, die das Parteiensystem unterstützen und ergänzen
 -

>> Themenfeld 4

Themenfelder

1. Parteipolitik /vs/ parlamentarische Politik

Parteipolitik und Politik auf parlamentarischer Ebene haben meines Erachtens etwas unterschiedliche Aufgaben.

Parteien sind zum einen dafür da, Vorschläge zu machen und Forderungen zu stellen, die sich mit ihren Überzeugungen decken. Sie lancieren den Startpunkt einer Diskussion. Dieser darf noch stark ideologisch geprägt sein, und gewisse Fragestellungen, die sich daraus ergeben mögen, ausklammern.

Auf der anderen Seite ist es die Aufgabe der Parteien, Abstimmungsvorlagen zu bewerten, und zu entscheiden, ob die inhaltlichen Punkte mit ihrer Werthaltung übereinstimmen. Sie dienen für die Bevölkerung als Filter, der helfen soll, die kritischen Kernpunkte einer Vorlage zu extrahieren, zu interpretieren und zu bewerten.

Parteien können und sollen pointierter auftreten, kompromissloser, radikaler.

Politik auf der parlamentarischen Ebene hingegen hat (meiner Erfahrung nach) eine andere Dynamik.

Man beschäftigt sich mit einer breiten Palette von Vorlagen, die für eine funktionierende Stadt notwendig sind. Dazu gehören nicht nur politisch kontroverse Themen, sondern auch z.B. die Verlegung neuer Abwasserrohre.

Dank der Kommissionsarbeit hat man zusätzliche Informationen, um die Details einer Vorlage zu verstehen und muss alle Auswirkungen – kurz- und die langfristigen Folgen – mitberücksichtigen. Man beschäftigt sich zuerst mit der sach-

lichen Ebene, bevor man diese politisch gewichtet.

Die meines Erachtens nach wichtigste Aufgabe eines Parlamentes, und somit einer der grössten Unterschiede zur Parteipolitik ist es, dass Vorlagen im grösseren Kontext des (städtischen) Gesamthaushaltes gesehen werden sollen, und Gesamtstrategien oder früher gefällte Entscheidungen mit berücksichtigt werden sollen (oder sollten). Um eine Mehrheit im Rat zu erlangen, braucht man kompromissfähige Lösungen. Das führt im Regelfall zu sachlicheren und konstruktiveren Diskussionen.

(Zumindest auf Gemeindeebene politisieren alle mit demselben Ziel, nämlich die Stadt St.Gallen vorwärts zu bringen, was sachlichere Diskussionen ermöglicht.)

2. Repräsentationsanlässe und „Hundsverlochete“

Doch sind Einladungen nur aufgrund eines Amtes, das man innehat, gerechtfertigt? Und haben solche repräsentativen Verpflichtungen eine politische Relevanz?

Wird man in einer repräsentativen Funktion an eine Veranstaltung eingeladen, besucht man diese mit der einzigen Aufgabe / dem Ziel, sich für die Menschen und Ihr Wirken zu interessieren. Man nimmt sich die Zeit, ihnen zuzuhören und ihre Anliegen kennenzulernen.

Und das hat sehr wohl eine politische Relevanz: Denn die meisten Entscheidungen, die in einem Parlament gefällt werden, betreffen nur einen Teil der Gesellschaft. Die Folgen und Auswirkungen unserer Politik nehmen wir selber nicht immer wahr. An einer Veranstaltung hat man die Möglichkeit, mehr darüber zu erfahren wie Politik gewisse Gruppen tangiert, und kann ihre Anliegen später auch wieder in den politischen Prozess einfließen lassen.

Wird man als „Vertretung der Politik“ an eine offizielle Veranstaltung eingeladen, so findet man sich schnell (überraschenderweise) in der Position wieder, *die Politik* in ihrer gesamten Abstraktheit zu repräsentieren. Man dient als Projektionsfläche für das, was die Leute unter Politik verstehen. Man wird auf politisch brisante Themen angesprochen und kann aufzeigen, welche Argumente zu einem (parlamentarischen) Entscheid geführt haben.

Das ist wichtig, denn immer öfter hört man pauschalisierende Aussagen wie z.B. „die Politik hat halt Schuld“. Dies sind zu einfache, unreflektierte Schuldzuweisungen, und schwächen das Vertrauen in die Politik; Eine Grundhaltung, die in den letzten Jahren die Wege geebnet hat für populistische Alternativen à la Trump.

In persönlichen Gesprächen hingegen wird die Politik individueller und persönlicher. Man gibt ihr ein Gesicht. Man zeigt auf, wer hinter der Politik steckt, und kann damit niederschwellig einer generellen Ablehnung und einer Politverdrossenheit entgegen wirken.

3. Zusammensetzung unserer Demokratie

Das Parlament repräsentiert die Bevölkerung, daher sollten alle Alters- und Gesellschaftsgruppen darin vertreten sind. (Jede und jeder, der in St.Gallen das Wahlrecht besitzt, kann sich wählen lassen, ohne religiöse, ethnische, familiäre oder gesellschaftliche Voraussetzungen.) Das ist der Grundsatz unserer Demokratie.

Doch in Realität ist die Zusammensetzung des Rates nicht immer repräsentativ für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt.

Denn Politik ist ein „Abendjob“: Ein Grossteil der politischen Veranstaltungen und Sitzungen findet nach Feierabend oder am Wochenende statt. Personen mit einer Care-Aufgabe, die zum Beispiel für die Erziehung von Kindern verantwortlich sind, können diese Termine selten wahrnehmen. Das führt dazu, dass sich primär die Generationen U30 und Ü50 sich am politischen Geschehen beteiligen, junge Eltern aber unterrepräsentiert sind in der Politik.

Ein zweiter Grund für die ungleiche Zusammensetzung des Parlamentes kommt daher, dass politisches Engagement in unserem Milizsystem auf Freiwilligenarbeit basiert. Obschon eine kleine Entschädigung für die Sitzungsanwesenheit ausbezahlt wird, können es sich nicht alle leisten, einen Teil ihrer produktiven Arbeitszeit für Politik zu investieren. Dies erschwert die (politische) Partizipation von einkommensschwachen Haushalten.

Es ist wichtig zu sehen, wer die Entscheidungen trifft, auch in einer Demokratie wie bei uns.

Die gleiche Frage stellt sich bei Volksabstimmungen: In der Schweiz darf abstimmen, wer volljährig ist und wer das Schweizer Bürgerrecht hat, dies sind ca 80% der hier lebenden Bevölkerung. Eine durchschnittliche Wahlbeteiligung liegt bei 40%. Um eine Abstimmung zu gewinnen, benötigt man mind. 50% der Stimmen.

Zusammen gerechnet sind das $(80\% * 50\% * 40\%)$ 16%. Das bedeutet, dass ein Entscheid, der von ca. 16% der hier lebenden Menschen gefällt wird, ein demokratischer Volksentscheid ist.

Das bedeutet nicht, dass unsere direkte Demokratie nicht funktioniert, aber es sind Limitationen, denen wir uns be-

wusst sein sollten.

4. Jungparteien

- Jungparteien > Aufgabe, Mutterparteien auf Kurs zu bringen / zu hinterfragen / extremere oder pointiertere Positionen einzunehmen, Ideologie stärker zu gewichten
- Möglichkeit, in alle Aufgabenbereiche einer Partei hineinzusehen > nicht hinten/unten anstehen bis man alt ist
- Spezifische Interessen der Jungen zu vertreten: Thematik neue Medien, Datenschutz & Privatsphäre, ...
- mit Kolleg*innen etwas unternehmen, Themen diskutieren, die eigene Meinung bilden und laut einfordern
- Engagement, es braucht Zeit, man lernt viel, aber es ist alles in der Freizeit > Politik muss Spass machen.

© Franziska Ryser, 24.4.2018